



Verabschiedete entscheidung

Ein neues soziales Europa Zehn Prinzipien für unsere gemeinsame Zukunft

Das Engagement Europas für soziale Gerechtigkeit ist in allen Regionen und auf allen Kontinenten ohnegleichen. Wir sind der einzige Kontinent, auf dem soziale Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit als Ziele verfolgt werden, die sich gegenseitig unterstützen, anstatt sich gegenseitig zu beeinträchtigen. Diese einzigartige Allianz zwischen sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt muss im Herzen der Entwicklung Europas verankert bleiben. Es gibt in der globalen Gesellschaft viel zu gewinnen, wenn wir auf die richtige Weise modernisieren und unsere Wohlfahrtsgesellschaften auf das einundzwanzigste Jahrhundert vorbereiten – und viel zu verlieren, wenn wir dies nicht tun.

Ein neues Europa zeichnet sich ab: ein erweitertes Europa, ein durch neue Technologien und neues Wissen verändertes Europa, in dem die Menschen ein längeres und gesünderes Leben führen. Aber es ist ebenfalls ein Europa mit Millionen von Menschen, die in Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung, Armut und großer Ungewissheit über die Zukunft leben.

Die Europäische Union vereinigt eine einzigartige Gruppe von Wohlfahrtsstaaten, die durch die Leistungen von gewöhnlichen Menschen und die Gewerkschaften aufgebaut und auf der politischen Ebene durch sozialistische, sozialdemokratische und Labour-Parteien verfochten wurden. Dies ist **unser Soziales Europa**.

Es gibt Stimmen, die argumentieren, dass Europa sich aufgrund des unerbittlichen Drucks der Globalisierung seine Wohlfahrtsstaaten nicht mehr leisten könne. Dass der Wohlfahrtsstaat in Zukunft "abgebaut" werden und die Rolle der Regierungen sich auf die Verhütung der schlimmsten Formen der Armut beschränken müsse. Sie argumentieren auch, dass Gesellschaften miteinander über die Festlegung der niedrigsten Steuersätze wetteifern sollten. Dass der Hauptzweck der Europäischen Union sein solle, den freien Handel und die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

Aber die Sozialisten und Sozialdemokraten Europas wissen, dass es einen anderen Weg gibt – nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Wir nehmen uns ausdrücklich vor: dass die Europäische Union nicht auf den Wettbewerb zwischen Staaten oder einen Marktplatz für soziales Dumping reduziert wird. Die Sozialisten und Sozialdemokraten Europas lehnen diese kurzsichtige Betrachtungsweise von Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie entschieden ab. **Wir machen unseren Anspruch auf ein Neues Soziales Europa geltend.**



Es ist unsere Aufgabe, die Wohlfahrtsstaaten Europas zu erneuern und zu stärken. Dies soll nicht bedeuten, dass in unseren Wohlfahrtsstaaten alles beim Alten bleiben muss. Wir wissen, dass dies in der heutigen Welt zum Scheitern verurteilt wäre. Kern der Erneuerung unseres Wohlfahrtssystems ist eine neue Auffassung von **Rechten und Pflichten**, die als Grundlage für einen **neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Bürgern und Regierung** dienen werden.

Unser Europa und seine Mitgliedsstaaten brauchen eine bessere Sozialpolitik, nicht weniger Sozialpolitik, um die Herausforderungen anzugehen, vor denen wir heute stehen. Für Sozialisten und Sozialdemokraten liegt die Zukunft darin, die richtige Art von Reformen anzustreben: wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Umweltverträglichkeit und soziale Gerechtigkeit müssen sich gegenseitig unterstützen anstatt sich gegenseitig auszuschließen.

Moderne Regierungen müssen **gleichen Zugang und gleiche Chancen** für alle gewährleisten, wenn unsere Gesellschaften und Bürger gut gerüstet sein sollen, um die Herausforderungen der Welt von heute angehen zu können. Gleicher Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen der allerbesten Qualität muss in allen unseren Gesellschaften ein Grundrecht darstellen. Regierung und Sozialpartner sollten zusammen daran arbeiten, gleichen Zugang und gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und Diskriminierung zu bekämpfen. Als Gegenleistung für dieses Recht haben die Bürger und alle Akteure der Gesellschaft die Pflicht, sich zu beteiligen und ihren Beitrag zu leisten. Nur wenn alle Beteiligten die **Rechte und Pflichten** respektieren, werden die Wohlfahrtsstaaten von morgen stark und effizient genug sein, um neue Formen der sozialen Sicherheit bereitstellen zu können.

Die Zukunft bringt neue Risiken, aber auch neue Möglichkeiten. Europa leidet immer noch unter den Versäumnissen aus der Vergangenheit. Europa muss Veränderungen auf neuen Wegen angehen, die unsere Gesellschaften integrierender werden lassen und alle mit an Bord nehmen. **Niemand sollte zurückgelassen werden; jeder sollte sich an den neuen Chancen beteiligen.**

Gewisse Reformen müssen in den nordischen Ländern durchgeführt werden; andere in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten; und wieder andere in den nördlichen und südlichen Teilen des Kontinents und im angelsächsischen Modell.

Das Neue Soziale Europa ist eine **Straßenkarte** für die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie. Es gibt eine neue, gemeinsame Richtung für unsere Wohlfahrtsstaaten an. Zwar haben unsere Wohlfahrtsgesellschaften aufgrund ihres unterschiedlichen Entwicklungsstands verschiedene Ausgangspositionen, aber es gibt weit mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Wir bestehen auf radikalen Veränderungen in unseren Gesellschaften, aber den richtigen Veränderungen mit der Perspektive einer besseren Zukunft für gewöhnliche Menschen. **Überall in unseren Ländern müssen Reformen stattfinden, ohne dass unser Beharren auf Integration und Kohäsion verloren geht.**

Unser Ansatz bedeutet, dass europäische Fragen nicht getrennt von nationalen Fragen behandelt werden sollen. Über einen viel zu langen Zeitraum hinweg haben wir in unterschiedlichen Kategorien gedacht und gehandelt – als ob wir voneinander isoliert bestanden hätten. Unsere Vorstellung ist es, in allen vier Stützpfeilern der Demokratie **gemeinsam gleichzeitig zu handeln**: auf der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene. Wir sind entschlossen, dieselben progressiven Prinzipien in einer gemeinsamen Richtung zu verfolgen. Die Grundsatzidee ist, dass die Richtung der Reformentscheidungen und Investitionsinitiativen auf Zusammenarbeit beruhen muss.



Eine zielgerichtete Koordinierung, so dass Mitgliedsstaaten keine Entscheidungen treffen, die sich gegenseitig widersprechen. **Es geht darum, Brücken für das Neue Soziale Europa zu bauen, anstatt neue Mauern zwischen unseren Mitgliedsstaaten zu errichten.** Dafür benötigen wir auch eine nachhaltige vertragsbasierte Grundlage für ein Europa, das kohärent und politisch effektiv ist. Die SPE ist bereit, einen Neustart dieses Prozesses zu unterstützen.

Ein Neues Soziales Europa muss allen sozialistischen, sozialdemokratischen und Labour-Parteien **ein gemeinsames Anliegen** sein. Ein gemeinsames Anliegen, das auch über unsere eigenen Parteien hinausgeht und andere progressive Kräfte in Politik, Gewerkschaften, sozial verantwortliche Unternehmen, Zivilgesellschaft, nationalen Regierungen und der europäischen Union mit einbezieht. In diesem Streben nach einem integrierenderen, aktiveren Neuen Sozialen Europa fordern wir alle Akteure auf, daran mitzuwirken, dass unsere Initiative für ein Neues Soziales Europa auf Grundlage der folgenden **zehn Prinzipien** verwirklicht wird:

1. Rechte und Pflichten für alle – die Essenz der Kohäsion

Einige sprechen davon, die Zukunft unserer Gesellschaften dem Spiel der Kräfte des freien Marktes zu überlassen.

Wir, die SPE, haben unsere politische Wahl getroffen: Rechte und Pflichten für alle, die das verbindende Element darstellen und den Zusammenhalt der modernen Wohlfahrtsgesellschaft gewährleisten.

Sowohl der Einzelne und die Regierungen als auch Unternehmen, Gewerkschaften und weitere Akteure sollten klar verstanden haben, woraus ihre Rechte und Pflichten bestehen. Die Pflicht der **Regierung** ist es, zu gewährleisten, dass allen Bürgern der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen – Bildung und sozialer Schutz – offen steht und die politischen, staatsbürgerlichen, sozialen und Arbeitsrechte gewahrt sind, aber auch die Bedingungen für Vollbeschäftigung und Eingliederung in die Gesellschaft geschaffen werden. Das Recht der Regierung ist es, erwarten zu können, dass Einzelpersonen und alle anderen Akteure in der Gesellschaft zur Wohlfahrtsgesellschaft beitragen. **Unternehmen** haben das Recht, Stabilität, Fairness und Transparenz der Wettbewerbsbedingungen zu erwarten; ihre Pflicht ist es, einen Beitrag zum öffentlichen Finanzhaushalt zu leisten und die Verwirklichung der Vollbeschäftigung zu unterstützen, die Qualifikationen und Kompetenzen der Arbeitnehmerschaft zu fördern und durch die Übernahme ihrer sozialen Verantwortung eine positive Rolle in der Gesellschaft wahrzunehmen. **Jede Einzelperson** hat das Recht, voll am Leben in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt mitzuwirken; ihre Pflicht ist es, die Chancen einer erstklassigen Bildung und Ausbildung und aller anderen Möglichkeiten zu nutzen, die zur Bereicherung unserer humanen und sozialen Ressourcen angeboten werden – in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Gesellschaft als Ganzes.

2. Vollbeschäftigung – die Grundlage für die Zukunft

Einige sagen, Vollbeschäftigung sei unmöglich.

Wir, die SPE, haben unsere politische Wahl getroffen: qualitativ hochwertige Vollbeschäftigung kann verwirklicht werden. Sie ist der beste Weg, um unsere Gesellschaften integrierender und wohlhabender werden zu lassen, das Potenzial jedes einzelnen Menschen zu nutzen und zur Schaffung neuer Ressourcen beizutragen. Uns ist deutlich: es kann keine Vollbeschäftigung ohne einen modernen Wohlfahrtsstaat geben – und keinen auf Dauer funktionstüchtigen Wohlfahrtsstaat ohne Vollbeschäftigung.



Die Arbeitsmärkte müssen durch eine Politik der Unterstützung, Sicherheit und Aktivierung während des gesamten Arbeitslebens eines Menschen dynamisch und integrierend gestaltet werden. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, um denjenigen, die vom Beschäftigungsmarkt ausgeschlossen sind, die Möglichkeit zu geben, innerhalb eines klaren Rahmens von Rechten und Pflichten für alle Zugang zu einem Arbeitsplatz zu erlangen. Wohlüberlegte Konzepte in Sozial-, Bildungs- und aktiver Arbeitsmarktpolitik werden die Grundlage dieses neuen Gesellschaftsvertrages bilden. Jungen Menschen müssen bessere Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt gegeben werden. In den kommenden Jahren sollten Altersdiskriminierung und Passivität durch aktives, integriertes Älterwerden ersetzt werden, indem ältere Menschen mehr Möglichkeiten bekommen, am Arbeitsleben teilzunehmen. Gemeinsame Anstrengungen müssen unternommen werden um prekäre Beschäftigung zu bekämpfen.

Die **europäische Dimension** ist deutlich: die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen durch konzertierte, gleichzeitig erfolgende Anstrengungen für intelligentes, grünes, auf Investitionen basierendes Wachstum und die bestmögliche Nutzung von neuen nachhaltigen Technologien die Bedingungen für Vollbeschäftigung schaffen. Wir müssen bei der Umsetzung der PSE Wachstums- und Investitionsstrategie¹ beginnen. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine wirklich koordinierte Wirtschaftspolitik zur Schaffung von hohem Wachstum und Arbeitsplätzen neu ausbalanciert werden. Finanzpolitischer Wettbewerb - wie Flat Taxes auf einem Minimalniveau - kann dem Sozialen Europa widersprechen.

3. Investieren in Menschen – wir wollen hoch hinaus

Einige sagen, dass wir uns nur auf die Chancen für die Hochqualifizierten konzentrieren und dabei die schlechten Aussichten für gering qualifizierte Menschen ohne weiterführende Schulausbildung vergessen sollten.

Wir, die SPE, haben unsere Wahl getroffen: die integrierende Wahl der Investitionen in die Fähigkeiten aller Menschen. Es geht darum, Fertigkeiten und Kompetenzen ständig weiter zu entwickeln: darum, intelligenter, aber nicht schwerer zu arbeiten, darum, auf die richtige Art in den Wettbewerb zu gehen, nicht mit geringeren Löhnen, sondern mit höheren Qualifikationen.

Investieren in Menschen – über die Bildungs-, Ausbildungs- und Sozialpolitik – wird ein grundlegendes Werkzeug im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung und auf dem Weg zur Vollbeschäftigung und sozialen Gerechtigkeit darstellen. In Europa besteht eine lange Tradition des Investierens in Menschen, aber die Tatsache, dass Millionen von Erwerbslosen ausgegrenzt und arm sind, ist ein Zeichen dafür, dass wir mehr tun müssen, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen zu sein. Es besteht eine **Trennung** zwischen denjenigen, die sehr gut ausgebildet sind und denjenigen, welchen nur schlechte Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung standen. Diejenigen, welche eine qualitativ hochwertige Bildung am dringendsten brauchen – die Armen und Benachteiligten – sind immer noch diejenigen, die in vielen europäischen Ländern am wenigsten davon erhalten. Bildung und Ausbildung sind der sicherste Weg zum Fortschritt, da die Menschen mit dem Wissen und den Fähigkeiten ausgestattet werden, um sich die Arbeitsplätze und Möglichkeiten der neuen Wissensgesellschaft zu Eigen zu machen. Diejenigen ohne höhere Bildung sollten das Recht auf einen zweiten Bildungsweg haben. Es muss auch eine starke Brücke zwischen einer neuen konzertierten Investitions- und Wachstumspolitik und der Bildungs- und Ausbildungspolitik bestehen, um neue Arbeitsplätze in der Wirtschaft mit neuen Fertigkeiten bei den Arbeitnehmern besetzen zu können.

¹ "Gemeinsam und gleichzeitig handeln: Mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze", verabschiedet durch die SPE Vorsitzenden und Premierminister, 26. Oktober 2005



In der in hartem Wettbewerb stehenden und globalisierten Wirtschaft kann es keine Garantie mehr dafür geben, ein Leben lang an einem einzigen Arbeitsplatz zu bleiben. Aber wofür wir als Sozialisten und Sozialdemokraten ins Zeug legen ist die Garantie, während des gesamten Arbeitslebens einen Arbeitsplatz zu haben. Dies beinhaltet auch die Bereitstellung von Mitteln, um während Perioden der Erwerbslosigkeit die Mittel für eine Wiederbeschäftigung zu stellen. Beschäftigungssicherheit – Bereitstellung von neuen Formen von sozialen und wirtschaftlichen Rechten – ist der beste Weg zur Förderung von Arbeitsplatzmobilität in einem gesicherten Rahmen innerhalb der globalen Wirtschaft.

Die **Europäische Union** muss sich darauf konzentrieren, Bildung und Ausbildung in das Herz der Lissabon-Strategie zu rücken. Öffentliche und private Investitionen in die Wissensgesellschaft bleiben unzureichend. Die Strukturfonds und Fonds für Bildung und Ausbildung der EU sollten von den Mitgliedsstaaten voll genutzt werden, um auf ein Neues Soziales Europa hinzuwirken. Auf dem Weg zur Schaffung der Wissensgesellschaft muss ein größeres Engagement für Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung ein Kernstück bilden.

4. Integrierende Gesellschaften – niemand bleibt zurück

Einige behaupten, dass wir für diejenigen auf dem Abgrund der Gesellschaft nichts tun können.

Wir, die SPE, haben unsere Wahl getroffen: Europas Stärke liegt in einer integrativen Gesellschaft, in der jeder zählt. Aber trotz eines Jahrhunderts der Sozialpolitik sind die Chancen und Reichtümer des Lebens immer noch ungleich verteilt. Globalisierung und demographische Veränderungen werden vielen neue Möglichkeiten eröffnen – aber die Kräfte des Marktes werden die Marginalisierung von vielen herbeiführen, wenn sie nicht von einer aktiven Sozialpolitik ausgeglichen werden.

Diejenigen mit einem hohen Risiko, ausgegrenzt zu werden – ältere Menschen, Langzeitarbeitslose, Frauen, Jugendliche, ethnische Minderheiten, unqualifizierte Arbeitnehmer, Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen, und diejenigen, die unter mehrfacher Benachteiligung leiden – erfordern ein neues Engagement von Gesellschaft und Regierung, um Armut zu bekämpfen und neue Aussichten auf Integration und Beteiligung zu gewährleisten.

Die Politik muss auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene auf Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen ausgerichtet werden. Sie muss alle relevanten Bereiche betreffen, einschließlich sowohl Gesundheit, Sozialdiensten und aktiver Arbeitsmarktpolitik als auch innovativer Maßnahmen für den Zusammenhalt der Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit lokalen Beteiligten und Organisationen an der Basis. Wir müssen unsere Reformen auf der Grundlage von Rechten und Pflichten leiten und unsere Sozialpolitik zu einem Sprungbrett in die aktive, integrierende Gesellschaft machen.

Darüber hinaus wird die Versorgung von älteren Menschen mit Pflege-, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen in einer alternden Gesellschaft eine wachsende Bedeutung erlangen, um weit verbreitete Isolation zu vermeiden und Aktivität, individuelle Autonomie und Integration zu fördern, während mithelfende Familienmitglieder, besonders Eltern, darin unterstützt werden, Arbeit und Betreuungsverantwortlichkeiten in Einklang zu bringen.

Europas Mehrwert muss auf unserem gemeinsamen Ansatz in der Strategie von Lissabon aufbauen, eine stärkere Wirtschaft und eine Gesellschaft mit mehr sozialem Zusammenhalt zu verwirklichen.



Die europäische Union muss auch weiterhin eine konstruktive Alliierte im Schutz der Rechte der Bürger auf eine hohe Qualität der öffentlichen Dienstleistungen in allen Mitgliedsstaaten sein und einen passenden rechtlichen Rahmen für die allgemeine Daseinsvorsorge. EU-Gesetzesvorschläge und die Umsetzung von bestehenden EU-Gesetzen zu Wettbewerb und Binnenmärkten sollten verpflichtend aufgrund ihrer sozialen Auswirkungen überprüft werden, wobei untersucht würde, welches die sozialen Konsequenzen aus dieser Gesetzgebung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen sein könnten. Diese Folgeabschätzungen müssen die sozialen, ökonomischen und ökologischen Konsequenzen der Gesetzgebung einschließen. Wenn die Wirtschaft zum einzigen Grundprinzip bei der Planung von neuer Gesetzgebung wird, besteht das Risiko, dass die Entwicklung des europäischen Sozialmodells und das europäische Projekt selbst in Gefahr gerät, wie bei dem ersten Vorschlag der Kommission für eine Dienstleistungsrichtlinie offensichtlich geworden ist.

5. Universelle Kinderbetreuung

Einige sagen, die Kinderbetreuung sei allein eine Privatsache.

Wir, die SPE, haben unsere Wahl getroffen: Die europäischen Länder sollten auf eine Kinderbetreuung für alle, die es wünschen, hinarbeiten. Eine erschwingliche und zugängliche Kinderbetreuung von hoher Qualität ist sowohl kurz- wie auch langfristig eine enorm positive Investition. Sie bietet Kindern den bestmöglichen Start auf ihrem Bildungsweg und vermittelt ihnen gleichzeitig wichtige soziale Fähigkeiten für das Leben. Gute lokale Tagesstätten und Kinderkrippen integrieren sowohl Kinder als auch Eltern in die Gemeinschaft und legen den Grundstein für stärkere Gemeinschaften, jetzt und in der Zukunft. Eltern erfahren oft, dass der Kontakt zu Kinderbetreuern und anderen Eltern unschätzbare Unterstützung bietet.

Durch Kinderbetreuung wird es den Eltern freigestellt, eine bezahlte Beschäftigung zu finden, was unabdinglich ist, um gleiche Rechte für Frauen und Männer zu gewährleisten, die Kinderarmut zu beenden und die wirtschaftliche Herausforderung anzugehen, vor der wir durch die demographischen Veränderungen stehen. Kinderbetreuung schafft lokale Arbeitsplätze – die das Wirtschaftswachstum besonders in benachteiligten Gemeinschaften weiter fördern.

6. Gleiche Rechte für Frauen und Männer

Einige sagen, dass genug Fortschritte in der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gemacht worden seien und dass wir nicht mehr weiter zu gehen brauchen.

Wir, die SPE, haben unsere Wahl getroffen: trotz aller Fortschritte besteht noch immer eine große Ungleichheit zwischen Frauen und Männern, und wir müssen daran etwas ändern. Frauen sind die größte Gruppe, die aufgrund von Diskriminierung, unzureichenden Zugangsmöglichkeiten und ungleichen Bedingungen am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Löhne und Gehälter sind für Frauen niedriger als für Männer, und Frauen übernehmen noch immer die meiste Verantwortung in der Familie, oft ohne Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Gleiche Rechte für Männer und Frauen sind nicht nur ein moralisches Muss: sie sind auch der Schlüssel zur Lösung der demografischen Herausforderung, der Stärkung von Demokratie und der Gewährleistung eines größeren Wohlergehens für Familien.

Eine neue Politik im öffentlichen Bereich für gleiche Rechte und Chancen – im Arbeitsleben, im Familienleben und im öffentlichen Leben – wird wirtschaftlichen Fortschritt bringen und für soziale Gerechtigkeit sorgen.



Dies wird sowohl entscheidend sein, um ungleiche Behandlung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt wie zum Beispiel ungleiche Entlohnung und die damit einhergehenden ungleichen Chancen in der sozialen Sicherheit und im Leben selbst anzugehen, als auch um eine Politik zu verfolgen, die eine bessere Ausgewogenheit zwischen Arbeitsleben und Familienleben einschließlich des Rechts auf flexible Arbeitszeiten für Eltern fördert. Sozialdialog und Tarifverhandlungen werden ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, um diese Ziele zu erreichen.

Der **europäische Mehrwert** ist deutlich: Europa muss sich weiterhin aktiv an dem breit angelegten Ringen um Gleichberechtigung in allen Bereichen der Arbeit und des Lebens beteiligen, nicht zuletzt im Bereich der gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit, so wie es im Vertrag von Rom festgelegt wurde.

7. Sozialdialog – ein unabdingliches Element

Einige sagen, die Zeiten der organisierten Arbeit seien vorbei.

Wir, die SPE, haben unsere Wahl getroffen: da Arbeit einen unschätzbaren wertvollen Teil des Lebens und der Gesellschaft ausmacht, ist die Art und Weise, wie wir unsere Arbeit und unsere gemeinsame Verantwortung über Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände organisieren, ein grundlegendes Element der modernen Gesellschaft.

Organisation und Bedingungen des Arbeitslebens sind äußerst wichtig, um Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Gleichberechtigung zu erlangen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber brauchen starke und verantwortungsvolle Vertreter; demzufolge müssen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen ihre eigenen Erneuerungsprozesse in Angriff nehmen, ermutigt durch das Engagement des Sozialdialogs. Dies erfordert neue Antworten von den Gewerkschaften. Dies erfordert neue und umfassendere Antworten von Unternehmen und Arbeitgebern. Und dies bedeutet eine Regierungspolitik, die den Sozialdialog unterstützt. Es geht darum, Veränderungen vorzusehen und aktiv mit ihnen umzugehen; darum, eine dynamischere europäische Wirtschaft und einen gerechteren, integrierenden Arbeitsmarkt zu schaffen.

Je mehr die Sozialpartner mit der klaren und unzweideutigen Unterstützung der Regierungen gemeinsam erreichen können, desto besser ist die Wirkung auf Wirtschaft und Qualität des Arbeitslebens. Die Sozialpartner müssen insbesondere eine größere Verantwortung bei der Umsetzung der Bildungs-, Ausbildungs- und aktiven Arbeitsmarktpolitik übernehmen, um das Humankapital der europäischen Arbeitskräfte zu steigern und zu vermeiden, dass die Qualifikationen der alternden Arbeitnehmer nicht mehr den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Der Sozialdialog muss auf allen Ebenen gestärkt werden, an den Arbeitsplätzen, in Tarifverhandlungen auf der nationalen sowie der Branchen- und Sektorebene und in den europäischen Angelegenheiten, damit arbeitenden Menschen bei der Gestaltung eines progressiven neuen Gesellschaftsvertrags für Vollbeschäftigung eine stärkere Stimme verliehen wird.

Die **europäische Dimension** des Sozialdialogs bietet ein großes ungenutztes Potential. Europa muss sich proaktiver an dem Dreierdialog beteiligen und die Sozialpartner enger in die Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen einbeziehen.



8. Verschiedenartigkeit und Integration zu unserer Stärke machen

Einige versuchen, politischen Nutzen aus Fremdenfeindlichkeit und Hass gegen Minderheiten und Immigranten in Europa zu ziehen.

Wir, die SPE, glauben an Verschiedenartigkeit und Toleranz, so wie in der Erklärung dieses Kongresses zum Ausdruck gebracht wird. Europäische Gesellschaften müssen alle Formen von Intoleranz und Hass ablehnen. Jeder hat das Recht, in Würde zu leben und mit Respekt behandelt zu werden, ungeachtet von Nationalität, ethnischen Herkunft, Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Religion.

Die Sozialdemokratie muss sich voll den Chancen und Herausforderungen von zunehmend verschiedenartigen Gesellschaften widmen. Eine nachhaltige und effiziente Migrationspolitik wird erforderlich sein, um den Zusammenhalt unserer Gesellschaften zu sichern und einen Beitrag zu wirtschaftlichem Fortschritt und Beschäftigung zu leisten. Ohne großen Respekt vor der Verschiedenartigkeit und einem starken Engagement für gemeinsame europäische Werte wird es unmöglich sein, eine Lösung für die wirklichen Herausforderungen der Integration zu finden. Wir müssen ebenso die Ängste und Ungewissheiten der Menschen in dem aktuellen Kontext einer hohen Arbeitslosigkeit und großen sozialen Ausgrenzung verstehen, die sich oft in den "Ghettos" der städtischen Randgebiete konzentrieren. Aus diesem Grund muss eine positive Integrationspolitik Hand in Hand mit einer Politik für mehr und bessere Arbeitsplätze gehen. Integrationspolitik muss in einigen Bereichen neu geschaffen und in anderen fein abgestimmt werden, auf einem deutlichen Rahmen von Rechten und Pflichten für alle beruhen und sich auf Beschäftigung, Anti-Diskriminierung, öffentliche Dienstleistungen, gemeinschaftlichen Dialog und Zusammenhalt konzentrieren.

Die **Europäische Union** trägt eine große Verantwortung im Umgang mit der Migration und muss die illegale Einwanderung mit ihren grundlegenden Ursachen einschließlich Armut und Konflikten in benachbarten Entwicklungsländern in den Griff bekommen. Sie muss ebenfalls eine verantwortungsbewusste Handhabung der wirtschaftlichen Migration unterstützen, während sie dazu beiträgt, die Notwendigkeit der Integration in unsere Gesellschaften in Angriff zu nehmen.

9. Nachhaltige Gesellschaften – den Klimawandel in den Griff bekommen

Wenige zweifeln an der Notwendigkeit einer besseren Klima- und Energiepolitik, aber viele sehen sie immer noch als zusätzliche Kosten.

Wir, die SPE, haben unsere Wahl getroffen: eine aktive Politik im Umgang mit Klimawechsel und Energiebedürfnissen sollte im Mittelpunkt einer neuen, intelligenten, grünen Wachstumsstrategie stehen.

Die Herausforderungen Europas im Klima- und Energiebereich verdienen monumentale politische Anstrengungen, um soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und wirtschaftlichen Fortschritte zu gewährleisten. Die nächsten zehn bis zwanzig Jahre werden entscheidend sein. Steigende Energiepreise treffen die Ärmsten am härtesten. Die Auswirkungen der Erderwärmung werden sowohl innerhalb Europas wie auch in den Entwicklungsländern die Ungleichheiten verstärken, was die ärmeren, älteren und verletzlichsten Menschen am härtesten treffen wird.



Die Herausforderung erstreckt sich über die Energiefrage hinaus auf die nachhaltige Nutzung aller Naturreichtümer. Sie umfasst den Schutz der natürlichen Umwelt und die Schaffung einer sauberen und grünen Umwelt, in der unsere Kinder heranwachsen können. Es ist lebenswichtig, der wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt Gewicht zu verleihen. Ohne sie hat unser Planet, unsere Heimat, keine Zukunft.

Die **Europäische Union** hat eine führende Rolle bei dem Abkommen von Kioto gespielt und sollte jetzt die Führungsrolle bei der Definition eines post-Kioto-Abkommens zur Bekämpfung des Klimawandels übernehmen. Diese Maßnahmen auf globaler Ebene sollten durch europäische, nationale, regionale und lokale Anstrengungen vervollständigt werden, um eine post-Fossilbrandstoffe-Gesellschaft zu schaffen: Verbesserung der Energieeffizienz, Senkung unseres Energieverbrauchs und Investitionen in nachhaltige Energieformen. Das **SPE Aktionsprogramm zum Energie- und Klimawandel** stellt einen neuen, zukunftsträchtigen Weg für die europäische Union dar.

10. Ein aktives Europa für die Menschen

Einige bringen Argumente für ein passives Europa vor, das sich auf einen Binnenmarkt ohne oder mit sehr beschränkter Reglementierung beschränkt.

Wir, die SPE, haben unsere Wahl getroffen: die EU ist mehr als nur ein Marktplatz. Die EU ist ein unabdinglicher Bestandteil des Neuen Sozialen Europa, sie hilft den Regionen, zusammen mehr zu erreichen als sie es allein könnten. Aber wir sind weit davon entfernt, das Potential der europäischen Union ausgeschöpft zu haben – es gibt weit mehr Vorteile, die europäische Zusammenarbeit und Solidarität in das Leben der Menschen bringen können. In der neuen globalen Wirtschaft kann unser **Neues Soziales Europa** schrittweise verwirklicht werden, wenn wir weiterhin auf einer ausgewogenen Basis aufbauen, die besteht aus: *Wettbewerb, der stimuliert, Zusammenarbeit, die stärkt und Solidarität, die vereint.*

Diese drei Säulen sind gleichrangig und verstärken sich gegenseitig. Dies sind unsere Mittel, um den erweiterten Binnenmarkt in Richtung eines nachhaltigen, intelligenten, grünen Wachstums zu rüsten und durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu gewährleisten, dass sich ein verstärkter Wettbewerb zwischen Unternehmen in größeren gemeinsamen Wohlstand für die Menschen, stärkeren sozialen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit verwandelt.

Wettbewerb ja, aber er darf nicht zu einem Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten über Steuer- und Sozialdumping führen. Der Wettbewerb zwischen Unternehmen sollte fair und transparent sein, zu mehr Innovation, niedrigeren Preisen und mehr und besseren Arbeitsplätzen für die Menschen führen.

Zusammenarbeit ja, während es den Mitgliedsstaaten ermöglicht wird, einen Teil der Souveränität zurück zu gewinnen, der durch die Globalisierung verloren gegangen ist. Wir müssen gewährleisten, dass Wettbewerb unter den richtigen Bedingungen stattfindet und nicht zu Lasten des Sozialschutzes, der Rechte der Arbeitnehmer und der öffentlichen Dienstleistungen geht. Wir glauben an eine soziale Marktwirtschaft – nicht an eine Marktgesellschaft. Die europäische Zusammenarbeit wird grundlegend sein, um die Mitgliedsstaaten darin zu unterstützen, gemeinsamen Herausforderungen für ihre Wohlstandsgesellschaften entgegenzutreten. Seit ihrer Gründung hat die Währungsunion ihr Ziel erreicht, die Wirtschaften der Eurozone vor externen Erschütterungen zu schützen und ein stabileres Wirtschaftsumfeld herbeizuführen. Das Ziel des Vertrages jedoch, die Wirtschaft durch effiziente wirtschaftliche Zusammenarbeit zu dynamisieren, muss noch verwirklicht werden.



Solidarität ja, durch Sozial- und Beschäftigungspolitik und Europas Struktur- und Kohäsionsfonds. Wir müssen Zusammenhalt und Sozial- und Arbeitsrechte sowohl in unseren Nationalstaaten als auch zwischen den Mitgliedsstaaten der europäischen Union gewährleisten.

Die Stärke Europas liegt im **Zusammenhalt**. Europa ist die Region der Welt mit dem größten Zusammenhalt. Es wird eine Herausforderung sein, zu gewährleisten, dass der Zusammenhalt in einer erweiterten Union von 27 Mitgliedsstaaten verstärkt wird, aber dies ist entscheidend, wenn wir weiterhin an unsere gemeinsamen Werte glauben und gemeinsamen Wohlstand in der globalen Wirtschaft generieren wollen. Überdies ist er grundlegend für die Bedeutung der europäischen Union im Leben von gewöhnlichen Menschen.

Das Neue Soziale Europa wird mehr Wohlstand und Integration durch besseren Wettbewerb zwischen den Unternehmen unter fairen und transparenten Bedingungen, durch politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und durch Solidarität innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten erreichen.

Ein Neues Soziales Europa ist:

- Ein grünes Europa mit mehr und besseren Arbeitsplätzen.
- Ein integratives Europa
- Ein lernendes Europa
- Ein innovatives Europa
- Ein Europa mit Zusammenhalt

Dies ist unser Europa - ein Europa der Menschen Es ist kein Traum – es ist die politische Wahl der sozialistischen und sozialdemokratischen Familie Europas. Die europäischen Länder werden gemeinsam stärker sein, wenn sie gemeinsam handeln, um die Lebens- und Arbeitsstandards zu verbessern – anständige Arbeit und ein anständiges Leben für alle Menschen in der gesamten europäischen Union.

Die SPE und ihre Mitgliedsparteien sind fest entschlossen, **unser Neues Soziales Europa** zu verwirklichen.

